

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4590. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Dr. Simons über Deutschlands Neutralitätspolitik.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten beschloß, seine Verhandlungen am Mittwoch insoweit für öffentlich zu erklären, als die Redner nicht ausdrücklich die Vertraulichkeit für ihre Darlegungen beanspruchten würden. Zunächst nahm das Wort der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons. Er begann mit einer kurzen Zurückweisung der vielfachen Entstellungen, die in den in schweizerischen und italienischen Blättern veröffentlichten Interviews enthalten sind. Er wandte sich darauf zu einem Ueberblick über die deutsche Neutralitätspolitik. Seitdem er zum erstenmal diese Politik vertrat habe, seien nunmehr Wochen verstrichen, in denen sich erwiesen habe, daß die Neutralitätspolitik für Deutschland die einzig richtige und mögliche gewesen sei und bliebe. Es seien Stimmen an ihn herangeraten, die ihn aufgefordert hätten, mit dem Bolschewismus gegen die Westmächte vorzugehen und auf diese Weise die Schranken des Versailles Friedens zu brechen. Diese Stimmen habe er mit voller Ueberlegung abgewiesen. Wenn wir damals solchen Aufforderungen gefolgt wären, so wäre Deutschland unmittelbar zum Kriegsschauplatz geworden. Daß wir im Zustande der Entwarnung die Blüte der Jugend hätten opfern sollen, wäre unter keinen Umständen zu verantworten gewesen. Die Last der Folgen, die die allmählich zu erwartende Umbildung des Bolschewismus mit sich gebracht hätte, wäre mit voller Wucht auf Deutschland gefallen. Er habe diesen Gedanken, gemeinsam Sache mit den Bolschewisten zu machen, daher entschieden abgelehnt. Von anderer Seite sei der Vorschlag gemacht worden, gemeinsam mit der Westmächten gegen den Bolschewismus sich zu wenden. Auch dies war eine Unmöglichkeit. Unzweifelhaft hätte uns dieser Versuch, Seite an Seite mit Frankreich und Polen gegen Rußland vorzugehen, in den inneren Krieg gestürzt. Wir hätten den Bürgerkrieg gehabt und zweifelhaft wäre es geblieben, ob wir erreicht hätten, was von einem Zusammengehen mit dem Westen erwartet wurde. Das russische Volk werde, wie auch die Entwicklung gehe, jeden, der sich jetzt zu seinen Angreifern geselle, auf lange hinaus als seinen Feind betrachten. Es war richtig, uns auch nach dieser Richtung die Hände freizuhalten. Aus unserer Haltung folgt, daß wir auch gegen die Regierung des Generals Wrangel und der Ukraine uns zurückhaltend stellen. Frankreich hat den General Wrangel anerkannt und uns davon Mitteilung gemacht. Wir haben diese Mitteilung zur Kenntnis genommen, ohne dem französischen Beispiel zu folgen. Keine Macht, die mit Sowjetrußland im Kampfe steht, habe auf unsere Unterstützung zu rechnen. In letzter Zeit sei der Vorwurf erhoben worden, daß wir uns zu weit mit den Bolschewisten eingelassen hätten. Es werde auch auf die amerikanische Note und auf die Kundgebung Lloyd Georges aus Lugern hingewiesen. Andererseits beständen aber gewisse italienische Schritte der Anknüpfung. Für unsere Politik sei der Grundgedanke der, daß die Sowjetregierung gegenwärtig die Macht in den Händen habe, also de facto die Regierungsgewalt in Rußland darstelle. Die Verhältnisse zwischen Deutschland und Rußland seien noch nicht normal. Zunächst befänden wir uns noch in Verhandlungen über die Vorfragen einer genügenden Erledigung des Falles Wirbach. Die Behauptungen, daß wir mit der Sowjetregierung einen Geheimvertrag abgeschlossen hätten, seien durchaus falsch. Wir hätten lediglich den Russen und den Polen mit dem Herannahen des Krieges an die deutsche Grenze Vorschläge wegen der Seuchenbekämpfung und wegen der zu erwartenden Grenzschwierigkeiten gemacht. Die Verhandlungen über den letzten Punkt seien abgelehnt worden, über den ersten Punkt seien sie noch im Gange. Während uns von der angelsächsischen und von dem früheren französischen Präsidenten Poincaré Geheimverträge mit den Russen vorgeworfen werden, werde in Moskau gegen uns der Vorwurf eines Geheimvertrages mit Polen gemacht. Das ist ebensowenig wahr. Mit Polen führten wir lediglich offene Verhandlungen, die bisher noch zu keinem Ergebnis geführt hätten.

Der Minister führte sodann aus, daß sich in den deutsch-polnischen Beziehungen eine große Menge Explosivstoff angehäuft habe. Wenn die von ihm angebotenen Verhandlungen nicht bald zu einem Resultat kommen würden, so könnte es wohl geschehen, daß der Kessel der deutschen öffentlichen Meinung überlaufe. In Breslau habe sich dies bereits ereignet.

Der Minister ging darauf in längeren vertraulichen Darlegungen auf die Breslauer Ereignisse und auf die französische Note ein. Im Anschluß an seine vertraulichen Ausführungen stellte der Minister zunächst seine Interviews bezüglich wiedergegebener Äußerungen über Oberschlesien richtig und betonte, daß er nicht von seinen eigenen Plänen, sondern von den Plänen anderer, die an ihn herangeraten seien, gesprochen habe. Nach seiner Ansicht müsse man den Wünschen des ober-schlesischen Volkes auf dem Gebiete der Verwaltung entgegenkommen und ihm in gewissen Fragen eine selbständige Vertretung zubilligen; aber alles dies selbstverständlich nicht außerhalb des Reiches und nicht

außerhalb Preussens. Der Reichsminister ging dann auf die Genfer Konferenz und die Vorbereitungen für dieselbe näher ein. Die häufig gestellte Frage, ob es überhaupt zu der Genfer Konferenz kommen würde, könne jetzt noch nicht endgültig beantwortet werden. Auch im Lager der Entente sei man sich in dieser Frage noch nicht einig. Wir wissen nur, daß von einer Seite ein scharfer Kampf gegen die Genfer Konferenz geführt wird, während England und Italien großes Gewicht auf das Zustandekommen der Konferenz zu legen scheinen. Eines könne man mit Sicherheit annehmen, daß nämlich auf Drängen Frankreichs die Brüsseler Konferenz unabhängig von der Genfer stattfinden würde und daß das große internationale Finanzprogramm, das in letzter Zeit in der Öffentlichkeit besprochen wurde, ohne genügende Berücksichtigung der Finanzlage Deutschlands vor Marierung derselben auf der Genfer Konferenz aufzulaufen kommen würde.

Der Minister berichtet in diesem Zusammenhange die Angaben in einem der schweizerischen Interviews, wonach er gesagt hätte, wir würden gegen Polen marschieren. Diese Äußerung habe er keineswegs getan; wohl aber auf eine Frage, was wir gegen eine polnische Neutralitätsverletzung unternehmen würden, geantwortet, daß derjenige, der unsere Neutralität verletze, uns auf der Seite seiner Gegner sehen würde.

Deutscherseits sei mit den Vorbereitungen für die Genfer Konferenz unmittelbar nach Spa begonnen worden. Dem Reichsminister liege bereits eine Fülle von Material vor. Endgültige Stellungnahme sei jedoch zur Zeit weder möglich noch angezeigt. Er habe außerdem seinen Ueberblick in der Schweiz; dazu benutze er die Gesandten in Bern die an Ort und Stelle zu treffenden Vorbereitungen für Genf zu besprechen. Wie auch die Entschreibung in Genf falle, so sei schon jetzt anzunehmen, daß einen wesentlichen Einfluß die von uns in Spa überreichten Denkschriften haben würden. Der Reichsminister hat sich bereits mit den Mächten, die für Genf vorzüglich in Frage kämen, dahin in Verbindung gesetzt, daß bereits vor der Konferenz die Sachverständigen dieser Länder untereinander Fühlung nehmen. Damit in Genf nicht wieder ein Diktat zustande kommt und sich dieselben Schwierigkeiten ergeben wie in Spa. Der Reichsminister betonte, daß es notwendig sei, daß die Öffentlichkeit in den fremden Ländern, vor allem in Frankreich, über die Grenzen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit und die Bedrängnis unserer Lage aufgeklärt werde. Der Gedanken müsse entgegengetreten werden, daß wir alles bejahen werden und können. Es sei zu hoffen, daß es gelingen werde, den Boden für die Verhandlungen vorzubereiten und zu einer Verständigung in Genf zu kommen.

Der Vertreter des preussischen Ministers des Innern machte sodann eingehende Mitteilungen über den Verlauf der Breslauer Vorgänge.

In der anschließenden Debatte erklärte Abg. Herschel (Zentrum): Nach seiner persönlichen Meinung seien die Ausweisungen im französischen Konsulat durch vorläufigen Mob ausgeführt worden. Veranlaßt worden sei die vorhergegangene Demonstration durch die fürchtbaren Schilderungen der nach Oberschlesien Geflüchteten, die nach Hilfe riefen. — Abg. Scheidemann (Soz.) sprach sich dahin aus, daß in wirtschaftlicher Beziehung möglichst bald Abmachungen mit Rußland zustande zu bringen seien. Für die Breslauer Vorfälle stelle er die Forderung auf, dem Ursprung der Ausschreitungen nachzugehen und die Frage, ob eine nationalpolitische Krise vorlag, oder ob es sich um Mob gehandelt habe, aufzuklären. — Abg. Rheinbaben (Deutschnational) stimmte den Ausführungen des Abg. Herschel bei. Durch polnische Schändung werde die Erfüllung des Abkommens von Spa in Frage gestellt. — Graf von Westarp (Mittel.) stimmte den Ausführungen des Ministers des Auswärtigen über die deutsche Neutralitätspolitik bei. — Abg. Breitscheid (Unabh.) glaubt nicht, daß irgendwelche Gründe für einen Zusammenstoß des Reichsministers mit den unabhängigen vorlägen, denn in der Frage der Neutralitätspolitik habe sich die Arbeiterklasse durchaus im Rahmen dessen gehalten, was von ihrer Seite in dieser Beziehung zugesagt sei. — Abg. Schiffer (Dem.) befeuchtete, von den Interviews des Ministers Simons ausgehend, die allgemeine politische Weltlage und die Konsequenzen, die sich für uns aus ihr ergeben. Er betonte, daß alle Uneinigigkeiten unserer Gegner letzten Endes Schäden für uns bringen würden. — Nach dem Abg. Dr. Spahn (Zentrum) nahm zum Schluß Reichsminister Dr. Simons nochmals das Wort zur Beantwortung verschiedener im Laufe der Aussprache an ihn gerichteten Fragen. Schließlich wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen ein Antrag Saugmann angenommen, dahingehend:

„Der auswärtige Ausschuss ersucht die Reichsregierung angeht die Vorgänge in Schlesien um Mitteilung einer Zusammenstellung der einwandfrei festgestellten Tatsachen in betreff der polnischen Uebergriffe und deren Duldung durch die französischen Stellen, durch die eine begriffliche Erregung der deutschen Bevölkerung in Schlesien hervorgerufen worden ist.“

Die Reichsregierung und die französische Note.

Berlin, 1. September. In der Sitzung des Reichskabinetts wurde vom Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, Bericht über seine Besprechung mit dem französischen Botschafter Laurent erstattet. An die Ausführungen des Reichsministers Simons schloß sich eine zwei-stündige Aussprache. Ein Beschluß soll nicht gefaßt worden sein. Die Sitzung wurde bis auf weiteres vertagt, damit das Kabinett erst die Ansicht des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten hören könne. Das Kabinett wird im Laufe des morgigen Tages seine endgültigen Beschlüsse fassen.

Deutsche Arbeiter in Rußland.

Von Wilhelm Dittmann.

Wer nicht hören will, muß fühlen. Wie oft ist nicht in Deutschland seit Jahr und Tag gewarnt worden, unter den jetzigen Verhältnissen nach Rußland auszuwandern. Alle solche Warnungen, mochten sie nun ausgehen von irgendwelchen Instanzen oder Organen unserer Partei oder von dem Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, wurden nicht beachtet, oder gar als Zeichen von Rußlandfeindschaft oder Unfähigkeit, das eigene Land zu vertreten, ausgegeben. Jetzt ist der erste Transport deutscher Arbeiter, die allen Warnungen zum Trotz nach Rußland ausgewandert sind, dort eingetroffen und ist nun auf das bitterste enttäuscht über die Verhältnisse, die er in Rußland vorgefunden hat.

Der Zufall fügte es, daß unsere Delegation nach Moskau auf der Reise von Stettin nach Reval denselben Dampfer benutzte wie der Auswanderertransport. Er war veranlaßt von der Interessengemeinschaft deutscher Auswanderervereine in Leipzig und setzte sich zusammen aus Arbeitern aus Leipzig, Berlin und Hamburg. Es handelte sich insgesamt um etwa 70 Familien, die als Ansiedler in die nordrussischen Gouvernements Wolgda und Wjatta wollten, und um rund 120 Industriearbeiter für die Maschinenbauanstalt in Kolonna bei Moskau. Der Transport war sehr überfüllt zusammengestellt worden. Manche der Auswanderer erzählten, daß sie ihren Hausrat in ein zwei Tagen hatten loschlagen müssen, um nur noch mitkommen zu können. Die Pässe der Auswanderer waren nur bis Reval in Ordnung, eine Durchreiselaubnis durch Estland war nicht vorhanden. Als wir nach dreitägiger Seereise in Reval landeten, bemühten wir Abgeordnete uns deshalb, von der estländischen Regierung für die Auswanderer die Durchreiselaubnis zu erwirken. Zwei Tage lang verhandelten wir mit dem Außenminister, dem Innenminister, riefen den Ministerpräsidenten und den Präsidenten der Nationalversammlung an und erreichten dann schließlich, daß der Transport über Hungerburg-Narwa, dem estnischen Hafenort kurz vor der russischen Grenze, Estland passieren konnte. Wir selber fuhren von Reval aus durch Estland weiter.

Später erfuhren wir in Moskau, daß die für Wolgda-Wjatta bestimmten Ansiedlerfamilien vorläufig in Petersburg geblieben seien und daß sie höchstwahrscheinlich nicht in jene nördlichen unwirtlichen Gegenden, sondern wahrscheinlich in die Umgegend von Moskau kommen würden. Von den Industriearbeitern hörten wir, daß sie in Kolonna angekommen seien, daß sich aber sofort Differenzen mit ihnen ergeben hätten. Ein Teil von ihnen weigerte sich, zu arbeiten und wollte zurück nach Deutschland. Es sei ihnen in Deutschland alles ganz anders geschildert worden, ihnen sei gesagt worden, daß sie in eine kleine Fabrik für sich kämen, die sie selber verwalteten sollten, daß Wohnungen für alle vorhanden seien, daß die Ernährung gut und reichlich sei, und jetzt sei nichts von alledem wahr. Von den russischen Arbeitern seien sie sehr unfreundlich empfangen worden. Man habe gefragt, ob sie gekommen seien, den russischen Arbeitern das letzte Brot wegzunehmen, ob sie die Plätze der russischen Arbeiter einnehmen wollten, damit diese in die Schützengräben geschickt werden könnten usw. Wegen ihrer Weigerung in der Fabrik, die nach ihrer Meinung völlig verwahrloht sei und in der die Arbeiter selber nichts zu verrichten hätten, zu arbeiten, seien sie von der Fabrikverwaltung und von einem Vertreter der Sowjetregierung als „Konterrevolutionäre“ beschimpft worden.

Wir hatten ohnehin die Absicht, die Maschinenfabrik in Kolonna zu besichtigen und wurden durch diese Mitteilungen natürlich in unserem Voratz bestärkt. Am Sonnabend, dem 7. August, fuhren wir per Auto nach dem 110 Kilometer südöstlich Moskau am Zusammenfluß der Moskwa mit der Oka, die in die Wolga mündet, gelegenen, ca. 20.000 Einwohner zählenden Kolonna. Bei unserem Rundgang durch die Fabrik, die früher 17.000, jetzt ca. 5000 Arbeiter beschäftigte, fanden wir bestätigt, daß der Zustand des Betriebes sehr viel zu wünschen übrig lasse. Arbeitsstätte und Werkzeuge lagen vielfach defekt unher. Maschinen, die stillstanden, waren offensichtlich verwahrloht. Die deutschen Arbeiter, die in der Fabrik arbeiteten, sagten uns, daß alles fürchtbar langsam gehe und schlecht funktioniere. Trotzdem sie unter den schlechten Ernährungs- und Betriebsverhältnissen nicht richtig arbeiten könnten, schaffe einer von ihnen ebensowohl als fünf Russen. Die russischen Arbeiter seien teils zwangsweise aus den Dörfern zur Arbeit geholt, teils kämen sie freiwillig, um das Anrecht auf einen „Bajot“ zu bekommen, die Lebensmittelration, die im Betriebe verabsolgt wird. Von Interesse an der Arbeit sei keine Spur bei ihnen, sie suchten die Arbeit im Gegenteil zu sabotieren, ebenso offensichtlich ein Teil der Fabrikangestellten. Nach einer halben Stunde stellten sich die russischen Arbeiter hin und drehten sich eine halbe oder auch eine ganze Stunde lang Zigaretten, rauchten und plauderten und sangen dann all-